



Wenn Landwirte, zum Beispiel bei der Schweinezucht, auf mehr Tierwohl achten sollen, wird das Fleisch teurer. Dennoch soll es im Supermarkt bezahlbar sein. Vor diesem Spagat steht die Agrarpolitik. Murat

Freitag, 21. Januar 2022

„Sozial-Veganer darf es nicht geben“

Berlin. Bezahlbare Preise im Supermarkt und zugleich mehr Tierwohl in der Landwirtschaft und Artenvielfalt auf dem Acker – diesen Spagat wollen die Agrarpolitiker irgendwie hinkriegen. Mehrere Agrar-Organisationen warnen davor, die Bedürfnisse einkommensschwacher Haushalte gegen die der Landwirte auszuspielen. Die Ernährungsindustrie warnte, es dürfe nicht „Sozial-Veganer“ geben – also Menschen, die sich tierische Produkte nicht leisten könnten. Und der Bauernverband schilderte die angespannte wirtschaftliche Lage vieler Betriebe.

Auch wenn die Grüne Woche in Berlin in diesem Jahr ausfällt, und damit der Jahresauftakt der Branche, nutzten deren Vertreter den eigentlich vorgesehenen Termin, um die Lage zu beschreiben. Und um Forderungen an die neue Bundesregierung zu stellen.

Dazu wurde auch der neue Ernährungs- und Landwirtschaftsminister Cem Özdemir zu ersten Gesprächen erwartet. Der Grünen-Politiker wettete unter anderem gegen „Ramschpreise“ für Lebensmittel. Aus seiner Sicht müssen die Preise für Agrarprodukte steigen. Özdemir und Umweltministerin Steffi Lemke (ebenfalls Grüne) hatten in dieser Woche angekündigt, das Thema nachhaltige Landwirtschaft ressortübergreifend stärker voranbringen zu wollen.

Die Transformation der Branche müsse zu bezahlbaren Preisen für Supermarktkunden geschehen, forderte Christoph Minhoff, der Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie.

Die Landwirte in Deutschland seien sehr verunsichert und relativ pessimistisch, sagte Bauernpräsident Joachim Rukwied. Künftige Anforderungen an Viehhaltung und Ackerbau seien nicht klar. „Wir brauchen ein klares

Signal, wohin die Reise geht.“ Allein der Umbau der Tierhaltung koste mehrere Milliarden Euro im Jahr. Jetzt müsse der Finanztopf dafür gebildet werden, forderte Rukwied.

„Bauern sind Unternehmer“

Denn den klimagerechten Umbau der Landwirtschaft werden vor allem kleinere Bauernhöfe nicht schultern können, wie erst am Vortag die Beratungsfirma EY und die Universität Göttingen mit einer Studie erläutert hatten. Viele könnten und wollten die Investitionen nicht aufbringen. Die wirtschaftliche Lage der Betriebe sei ohnehin angespannt, bei den Schweinehaltern sogar desaströs, sagte Rukwied. Die Bauern seien zu mehr Tierwohl in den Ställen und mehr Artenvielfalt auf den Äckern bereit, doch müsse sich das für die Betriebe rechnen.

„Landwirte sind Unternehmer, die unsere Ernährung sichern und die maßgeblich zur Erreichung der Klimaziele beitragen können“, sagte FDP-Fraktionsvizechefin Carina Konrad. „Dazu brauchen sie wirtschaftliche Stabilität und Unabhängigkeit bei betrieblichen Entscheidungen.“ Ermöglicht werden müsse der Einsatz neuer Technologien und moderner Pflanzenschutzmittel. Nötig seien auch Planungssicherheit und Erleichterungen beim Stallumbau und der Genehmigung neuer „Tierwohlställe“.

„Die soziale Frage kann nicht allein durch den Markt und auch nicht an der Kasse gelöst werden“, sagte Tina Andres, Vorsitzende des Bunds Ökologische Lebensmittelwirtschaft, bei der Vorlage des „Kritischen Agrarberichts“ des Agrarbündnisses. „Die in der landwirtschaftlichen Produktion entstehenden Schäden an Mensch und Natur sind aktuell nicht im Lebensmittelpreis enthalten“, heißt es darin.

Sozialpolitik ist gefragt

„Wenn wir Preise erhöhen müssen, dann muss die Sozialpolitik auch entsprechend reagieren, was die Hilfssätze betrifft für bedürftige Personen“, betonte wiederum Thomas Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbunds.

Trotz gestiegener Nahrungsmittelpreise sank im vergangenen Jahr wohl der Umsatz der Ernährungsindustrie. Die Bundesvereinigung schätzt, dass er sich auf 182,4 Milliarden Euro belief, was einem Minus von 1,6 Prozent entspräche. Minhoff wundert das nicht: „Natürlich hat es Folgen, wenn Restaurants und Kantinen geschlossen sind.“ Zudem ließen sich gestiegene Produktionskosten nur schwer mit höheren Preisen durchsetzen. (dpa/tm)